Inhalt:

1. Wissenschaftsrat: 4.11.92

12 Thesen zur Hochschulpolitik (Auszug)

2. Vorschläge zur Verkürzung der
Studienzeiten

HRK / KMK 16.10.92

Später 7

Geschäftsstelle
des Wissenschaftsrates

Drs. 901/92 (überarbeitet)
Köln, den 4.11.1992 mi/kn

E n t w u r f
12 THESEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK

Dieser Entwurf ist das Ergebnis der Beratungen in der Arbeitsgruppe „Umfang und Struktur des Hochschulsystems“, die nach Ihrer fünften Sitzung am 12. Oktober 1992 den Vorsitzenden gebeten hat, die Kommissionen des Wissenschaftsrates ausführlich über den Beratungsstand zu informieren. Die vorliegende Fassung ist nach der Sitzung der Arbeitsgruppe am 12. Oktober 1992 formuliert worden und wurde der Arbeitsgruppe, die ausschließlich aus Mitgliedern des Wissenschaftsrates besteht, nicht mehr vorgelegt. Die hochschulpolitische Linie des Entwurfs wird von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe getragen. Zu einzelnen Vorschlägen in Teil IV „12 Thesen“ gibt es unterschiedliche Vorstellungen und auch noch kein abschließendes Votum der Arbeitsgruppe.

Die Arbeitsgruppe legt der Kommissionen des Wissenschaftsrates diesen Entwurf vor, um ausführliche Beratungen im Wissenschaftsrat zu ermöglichen und Hinweise für die Abschlußberatungen zu erhalten.

Der Entwurf wurde von der Wissenschaftlichen Kommission am 31. Oktober 1992 beraten und danach überarbeitet. Inhaltliche Änderungen gegenüber der Fassung vom 26. Oktober sind durch Randstriche kenntlich gemacht.

Inhalt	Seite
I. Einleitung	
II. Ausgangslage	8
1. Gestiegene Nachfrage nach wissenschaftsbasierter Ausbildung	8
2. Veränderte Studentenschaft	9
3. Auseinanderentwicklung von Nachfrage und Ressourcen	10
4. Großbetrieb Universität mit unveränderten Strukturen und unbefriedigenden Ergebnissen	11
5. Komplexes Ursachenbündel als Ursache für Funktionsdefizite	13
6. Problemlösung erfordert grundlegende Strukturveränderungen und Reformen in der Steuerung der Hochschulen	19
III. Hochschulpolitische Ziele und Maximen	20
IV. 12 Thesen zur Hochschulpolitik	25

Seite 25

These 1:

Das Interesse der jungen Generation an einem Hochschulstudium ist fortlaufend gestiegen und wird weiter steigen. Wirtschaft und Gesellschaft benötigen künftig nicht weniger, sondern mehr qualifiziert ausgebildete junge Menschen. Die Gesellschaft sollte deshalb nicht weniger, sondern mehr in die Ausbildung der jungen Generation investieren. Es wäre falsch, die Studienmöglichkeiten einzuschränken und der langfristig weiter zunehmenden Studiennachfrage entgegenzutreten.

Seite 28

These 2:

Eine qualifizierte Hochschulausbildung für 30 % und mehr eines Altersjahrgangs erfordert einen entsprechenden Ausbau der Hochschulen und eine den veränderten Quantitäten angepaßte Struktur des Studienangebotes. Der Wissenschaftsrat empfiehlt einen gezielten Ausbau der Fachhochschulen und eine veränderte Struktur des Studienangebots der Universitäten.

Seite 30

These 3:

Es ist weder sinnvoll noch möglich, alle Studiengänge soweit auszubauen, daß jeder Bewerber den Studienplatz seiner ersten Präferenz erhalten kann. Künftig werden vermehrt Auswahlentscheidungen unter den Bewerbern notwendig sein.

Seite 31

These 4:

Für die Erweiterung des Hochschulsystems hat der Ausbau der Fachhochschulen Priorität. Dieser Hochschultyp soll zu einer auch im Umfang bedeutenden Alternative zum Universitätssektor entwickelt werden. Dazu sind ein energischer Ausbau, die Entwicklung neuer Studiengänge und die Beseitigung von Funktionsmängeln erforderlich.

Seite 34

These 5:

Das Studienangebot der Fachhochschulen sollte nicht nur fachlich erweitert, sondern auch im Hinblick auf die Organisation des Studiums differenziert werden. Dazu gehören auch Studiengangstypen, die bislang nur an Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien üblich sind.

Seite 36

These 6:

Im Studienangebot der Universitäten muß zwischen einem auf Wissenschaft gegründeten berufsbefähigenden Studium und der nachfolgenden Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch aktive Beteiligung der Graduierten an der Forschung unterschieden werden. Das berufsbefähigende Studium mit dem Abschluß Diplom/Magister/Staatsexamen soll so konzipiert werden, daß es von den Studierenden in einer Planstudienzeit von acht Semestern studiert und einschließlich Diplomarbeit und Prüfung nach neun Semestern abgeschlossen werden kann.

Seite 41

These 7:

Für die forschungsorientierte Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden strukturierte, forschungsbezogene Graduiertenstudien angeboten, die zur Promotion führen. Ein vornehmliches Förderungs- und Organisationselement ist das Graduiertenkolleg, dessen Aufbau weitergehen muß.

Seite 43

These 8:

Forschung ist eine zentrale Aufgabe der Hochschulen und muß dies auch in einem größer gewordenen Hochschulsystem bleiben. Forschung erzeugt neues Wissen und ist zugleich die Basis für technischen Fortschritt und wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand. Im differenzierten Hochschulsystem ist die Forschungsaufgabe an den verschiedenen Hochschultypen in differenzierter Weise ausgeprägt. Die Universitätsforschung arbeitet gegenwärtig vielfach unter widrigen Bedingungen und läßt Schwächen erkennen, die auch im Interesse der Qualität der Lehre behoben werden müssen.

These 9:

Weiterbildungsaufgaben haben künftig eine wachsende Bedeutung für die Hochschulen. Dazu gehören auch berufsorientierte Aufbaustudiengänge, die bevorzugt als Teilzeitstudiengänge eingerichtet werden sollten. Bestehende Aufbaustudiengänge bedürfen in besonderem Masse der Evaluation.

Seite 50

These 10:

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Studienreform des Universitätsstudiums erfordert ein Bündel aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Hochschulen und des Staates, die der

Lehre einen höheren Stellenwert geben und Lehrende und Lernende auf die Ziele und Vorgaben des überwiegend öffentlich finanzierten Studiums verpflichten.

These 11:

Der Erfolg der vorgeschlagenen Reformmaßnahmen ist davon abhängig, daß die Hochschulen in die Lage versetzt werden, die Reformziele aufzugreifen und autonom umzusetzen. Dies setzt handlungsfähige Hochschulen voraus, denen durch weitgehende Globalisierung der Haushalte und Deregulierung des Haushaltsvollzugs mehr Budgetsouveränität eingeräumt werden sollte. Hochschulautonomie und Eigenverantwortlichkeit verlangen nach einem leistungsfähigen Hochschulmanagement, vor allen nach einer Stärkung der Dekane.

These 12:

Das vorgeschlagene Konzept für die künftige Hochschulpolitik versucht den Bedürfnissen und Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft an ein modernes Hochschulsystem gerecht zu werden. Dessen Realisierung erfordert einen höheren Stellenwert der Hochschulen in der staatlichen Finanzpolitik. Die empfohlene Einführung von Studiengebühren kann die staatliche Hochschulfinanzierung nur ergänzen, die Notwendigkeit zusätzlicher Ressourcen insbesondere für Investitionen jedoch nicht ersetzen. Die zusätzlichen Mittel sollten gezielt dem Ausbau der Fachhochschulen, der weiteren Entwicklung der Graduiertenkollegs und einem signifikanten Zuwachs der Forschungsfördermittel der DFG zugute kommen. Ohne zusätzliche Mittel wird es nicht möglich sein, an den Hochschulen 30 % und mehr eines Altersjahrgangs qualifiziert auszubilden.

[...]

Seite 56

Der Wissenschaftsrat empfiehlt mittelfristig einen überregionalen „Investitionsfonds Lehre“ für die Entwicklung und Durchführung innovativer Lehrformen (z.B. Angebote für selbstinstruiertes Lernen, Fernstudienkurse), neuer Studiengangsmodele (z.B. Abendstudium, ausbildungsintegrierte Studiengänge, berufsintegrierte Studiengänge) und neuer Studiengänge einzurichten. Diese Mittel sollten auf Antrag in einem Wettbewerbsverfahren für mittlere Laufzeiten vergeben werden. Einen Grundstock für diesen „Innovationsfonds Lehre“ könnten die Mittel des Modellversuchsprogramms für die Lehre an den Hochschulen bilden, die künftig von einer „Stiftung Lehre“ vergeben werden wollten.

5. Studiengebühren

Nur wenige Länder in Europa kennen eine ausschließlich staatliche Finanzierung der Hochschulen. Die Entwicklung geht zu einer Mischfinanzierung aus staatlichen Mitteln, Mitteln der Wirtschaft und Gebühren. Eine ausschließlich staatliche Finanzierung des Studiums führt zu Nachteilen bei der Steuerung der Ressourcen. Bei den Studenten entsteht leicht der Eindruck, daß die Kosten des Hochschulstudiums im wesentlichen aus den privaten Kosten

der Lebenshaltung bestehen. Der Wert eines kostenfrei zur Verfügung gestellten Studienplatzes wird deswegen nicht immer ausreichend gewürdigt. Entsprechend fällt vielfach der Umgang mit den Lehrangeboten der Hochschulen aus. Zudem sind mit dem Status des Studierenden eine Reihe von finanziell attraktiven Vorteilen zum Beispiel im Steuerrecht, in der Krankenversicherung, bei den Verkehrstarifen, bei den Tarifen für Kulturangebote etc. verbunden. Die ausschließlich öffentliche Finanzierung des Hochschulstudiums fördert mithin einen großzügigen individuellen Umgang mit dem knappen Gut Studienplatz. Eine teilweise Gebührenfinanzierung würde diese Nachteile beseitigen und den Studenten in die Position eines zahlenden Kunden bringen, der unter Hinweis

Seite 57

auf das Vertragsverhältnis von der Hochschule verlangen kann, daß sie die mit dem Studienplatz verbundenen Lehrleistungen erbringt. Gebühren würden mithin den Studenten ein Mehr an Konsumentensouveränität geben.

Mit der Einführung von Studiengebühren könnte zudem den unterfinanzierten Hochschulen ein Finanzierungsweg erschlossen werden, der die staatlichen Finanzen ergänzt und es ermöglicht, die Studienbedingungen zu verbessern und die Studienkapazitäten auszubauen. Dies freilich setzt voraus, daß die Gebühreneinnahmen den Hochschulen verbleiben und gezielt zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden.

Die Einführung von Studiengebühren würde es in einzelnen Fächern auch erleichtern, daß weitere Hochschulen in privater Trägerschaft entstehen, die auf die Gebührenfinanzierung angewiesen sind. Bislang haben private Hochschulen wegen der Wettbewerbsverzerrung nur geringe Chancen. Bei der Einführung von Studiengebühren könnten solche Hochschulen das Angebot in besonders nachgefragten Studiengängen wie zum Beispiel Design, Wirtschaftsinformatik, Betriebswirtschaft und in den internationalen Studiengängen rasch erweitern. Gesellschaftspolitisch ist die kostenlose Bereitstellung der Studienplätze kaum zu begründen. In keinem Beruf, für den ein Studium vorausgesetzt wird, gibt es einen Engpaß an Hochschulabsolventen, der ein gesellschaftliches Interesse rechtfertigen könnte, diese Form von Berufsausbildung gegenüber anderen besserzustellen. Dies gilt auch zu beachten, wenn der niedrige Stellenwert der Berufsbildung im Dualen System und auf Fachschulen beklagt wird, deren Absolventen sich zwar selten an den Kosten ihrer Ausbildung, vielfach jedoch an den Kosten ihrer Weiterqualifikation für Positionen, auf denen sie mit Hochschulabsolventen konkurrieren, beteiligen müssen.

Seite 58

Studiengebühren dürfen jedoch nicht dazu führen, daß Jugendliche aus einkommenschwächeren Bevölkerungsgruppen vom Studium ausgeschlossen werden. Der Staat sollte deshalb für einen Ausgleich unterschiedlicher finanzieller Startchancen sorgen.

Die geltende Gebührenfreiheit wird vielfach mit dieser Aufgabe begründet und daher als sozialpolitisch sinnvoll angesehen. Diese Einschätzung verkennt jedoch, daß die ausschließlich staatliche Finanzierung auch diejenigen begünstigt, die selbst oder deren Eltern über überdurchschnittliche Einkommen verfügen. Die Hochschulexpansion hat nichts an der Tatsache geändert, daß Studenten überproportional aus den einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen stammen und später über überdurchschnittliche Einkommen verfügen. Die geltende Hochschulfinanzierung aus Steuermitteln ist deswegen mit sozialpolitischen Motiven

nicht zu rechtfertigen.

Der Wissenschaftsrat spricht deswegen aus steuerungssystematischen, finanziellen und sozialpolitischen Gründen für die Einführung von Studiengebühren aus, die sozialverträglich im Rahmen der bestehenden Studienförderung gezielt refinanziert werden. Er schlägt vor, pro Semester 1.000 DM Studiengebühren zu erheben. Dieser Betrag ist aus steuerungssystematischen und finanziellen Gesichtspunkten ausreichend. Er liegt noch unterhalb der Kosten privater Fernstudienangebote und der Gebühren an privaten Hochschulen. Er bewegt sich in Kaufkraft gemessen auf der Höhe der Gebühren, die an deutschen Hochschulen bis Mitte der 60er Jahre üblich waren.

Die Differenzierung der Studiengebühren nach den Kosten des Studiums erscheint bedenklich, weil dies zu Lasten der experimentellen Natur- und Ingenieurwissenschaften gehen würde. Es erscheint auch nicht notwendig, eine Staffelung

Seite 59

der Gebühren nach dem Überschreiten der Planstudiendauer vorzunehmen, weil die Langzeitstudenten die Hochschulen kaum zusätzlich belasten. Bei Einführung von Studiengebühren könnte auf die immer wieder diskutierten administrativen Maßnahmen zur Begrenzung der Studienzeiten durch Pflichtberatung, Prüfungszwang oder Exmatrikulation verzichtet werden.

Studierende im Graduiertenstudium, die zum wissenschaftlichen Nachwuchs ausgebildet werden, sollten für drei Jahre von Studiengebühren befreit werden, weil ihre Qualifizierung im gesellschaftlichen Interesse liegt. Um einen Mißbrauch dieses speziellen Studentenstatus zu vermeiden, sollte eine förmliche Zulassung zum Graduiertenstudium durch die Fakultät vorausgesetzt werden.

Studierenden, die Anspruch auf Leistungen nach dem BAföG und der Begabtenförderungswerke haben, sollten die Gebühren für die Zeit der Förderungshöchstdauer in vollem Umfang als zusätzliche Förderung gewährt werden. Für Studenten mit kurzen Studienzeiten und überdurchschnittlichen Leistungen sollten die Erlaß- und Teilerlaßmöglichkeiten des BAföG auch für die Gebühren gelten. Diese Anbindung an das BAföG verhindert zusätzliche administrative Kosten und ist daher anderen Modellen vorzuziehen.

Die Ausbildungsfreibeträge im Einkommensteuergesetz sollten entsprechend erhöht werden.

[...]

HRK / KMK - Arbeitsgruppe
Studienreform mit dem Ziel
einer Studienzeitverkürzung

Bonn, den 16.10.1992

Vorschläge zur Verkürzung der Studienzeiten
- Stellungnahme der Gemeinsamen Arbeitsgruppe HRK/KMK
"Studienreform mit dem Ziel einer Studienzeitverkürzung" -

I. Ausgangslage

Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen hat mit der quantitativen Entwicklung des Hochschulbereichs nicht Schritt gehalten. Darunter hat die Effizienz des Hochschulstudiums gelitten und auch die Qualität der Lehre. Bei einer Bewertung der Leistungen und der Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Lehre und Studium sind Studienerfolg, Studienabbrecher- und Fachwechslerquoten ebenso heranzuziehen wie die tatsächlichen Studienzeiten, die inhaltliche Qualität der Abschlüsse und der berufliche Erfolg der Absolventen.

Im folgenden sollen jedoch allgemeine Strukturfragen des Hochschulwesens, die an anderer Stelle, z.B. im Wissenschaftsrat, in der Kultusministerkonferenz und in der Hochschulrektorenkonferenz erörtert werden, nicht weiter vertieft werden, sondern vorrangig Vorschläge und Maßnahmen zur Verkürzung von Studienzeiten im Rahmen der bestehenden Strukturen. Im einzelnen stellt sich die Ausgangslage wie folgt dar:

Wesentl.
Verkürz.

1. Grundlegende strukturelle Veränderungen sind - abgesehen von den Schwierigkeiten der Verständigung auf ein gemeinsames Vorgehen - nur mit einem langen zeitlichen Vorlauf möglich. Ergebnisse der derzeit angelaufenen Strukturdebatte können nur mittel- bis längerfristig wirksam und erst dann beurteilt werden, wenn zumindest ein Anfängerjahrgang das Studium innerhalb der neuen Strukturen durchlaufen hat. Diese zeitliche Perspektive macht die Dringlichkeit weiterer Bemühungen um eine Verkürzung der Studienzeiten innerhalb der bestehenden Strukturen deutlich.
2. Die in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Regelstudienzeiten und die tatsächlichen Studienzeiten liegen nach wie vor weit auseinander. In diesem Zusammenhang muß auch

berücksichtigt werden, daß die Vorbildung der heutigen Studienberechtigten deutlich heterogener ist als diejenige der Studienanfänger der 70er Jahre. Hinzu kommen sehr unterschiedliche, durch familiäre und wirtschaftliche Umstände mitgeprägte Vorstellungen über die Gestaltung des Studiums. Vor diesem Hintergrund relativiert sich die Diskussion um eine weitere Verkürzung der Regelstudienzeiten. Unabhängig davon, welcher Ansatz zugrunde gelegt wird (Rahmenprüfungsordnungen, Eckwerte Nordrhein-Westfalen, "8 plus 3 Modell" des Wissenschaftsrates), bleibt in jedem Fall ein ausreichendes Handlungsfeld für weitere Bemühungen, Inhalte und Organisation von Studium und Prüfungen sowie die Studienbedingungen so auszugestalten, daß durchschnittlich begabte, einsatzwillige und nicht auf studienbegleitende Erwerbstätigkeit angewiesene Studenten ihren Abschluß tatsächlich innerhalb der Regelstudienzeit erwerben. Deshalb steht im Mittelpunkt dieser Vorschläge die Annäherung der tatsächlichen Studienzeiten an die Regelstudienzeiten. Dabei werden in erster Linie solche Vorschläge aufgegriffen, die kurzfristig an den Hochschulen realisiert werden können.

3. Die Diskussion um Studienzeitverkürzung hat in der Vergangenheit vielfach darunter gelitten, daß sie zu pauschal, insbesondere ohne hinreichende fachliche und institutionelle Differenzierung, geführt wurde. Die Bedingungen und Voraussetzungen in den jeweiligen Hochschultypen, Fächern, Studiengängen und Abschlußarten sind jedoch sehr unterschiedlich und erfordern darauf abgestimmte Maßnahmen. Pauschale Vorgaben haben vielfach zu Irritation und Unverständnis geführt, insofern als mit den vorgeschlagenen Maßnahmen Mißstände behoben werden sollten, die keineswegs in allen Bereichen der Hochschulen vorliegen. Die Bereitschaft der Hochschulen und ihrer Mitglieder, an der Verwirklichung von Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung mitzuwirken, hängt entscheidend davon ab, daß die im

einzelnen Fachbereich konkret eingeleiteten Maßnahmen der jeweils spezifischen Situation dieser Einrichtung entsprechen. Ferner muß gewährleistet sein, daß Ressourcen, die durch studienzeitverkürzende Maßnahmen frei werden, zu einer Verbesserung der Betreuungsrelationen und nicht etwa zu einer Erhöhung der Aufnahmekapazitäten genutzt werden.

4. Die vorliegenden Veröffentlichungen des Wissenschaftsrats und einzelner Länder und Hochschulen weisen bei vielen Studiengängen von Hochschule zu Hochschule erhebliche Bandbreiten bei der Studiendauer aus. Diese Unterschiede sind Indiz für unterschiedliche Rahmenbedingungen, aber auch für unterschiedliche Erfolge der Fachbereiche und Hochschulen in den Bemühungen, Studiengänge und Studienbedingungen so zu gestalten, daß ein Studium in der Regelstudienzeit tatsächlich abgeschlossen werden kann. Im folgenden sind daher auch solche Vorschläge aufgegriffen, die bereits in der Diskussion und von den Hochschulen auch schon umgesetzt sind; allerdings nicht von allen Fachbereichen und auch nicht immer mit dem notwendigen Nachdruck. Für alle Vorschläge gilt, daß sie sich nur an solche Hochschulen und Fachbereiche richten, die entsprechende Maßnahmen bisher noch nicht eingeleitet haben. net
5. Bei den Bemühungen um Studienzeitverkürzung muß auch berücksichtigt werden, daß kurze Studienzeiten trotz aller Bedeutung nicht der alleinige Maßstab für die Beurteilung eines Ausbildungssystems sein können. Die Erhaltung der Qualität der Ausbildung (Berufs- und Wettbewerbsfähigkeit der Absolventen), der Effizienz des Hochschulsystems (Erfolgsquote, Fachwechslerquote, Abbrecherquote), die Gewährleistung der notwendigen Freiheit im Studium und die Eröffnung unterschiedlicher Formen des Studiums (z.B. Möglichkeit eines Auslandsstudiums, Teilzeitstudium), entsprechend den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen einer chancenoffenen Gesellschaft, sind in dieser
Einrichtung

- allerdings innerhalb der Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit - Zielsetzungen, die ebenso wie das Bestreben nach Studienzeitverkürzung ihre Berechtigung haben. Bei den nachfolgenden Vorschlägen bleiben daher solche Maßnahmen außer Betracht, die zwar unter dem alleinigen Gesichtspunkt "Studienzeitverkürzung" erfolgversprechend sein könnten, die jedoch auf das Studium in anderer Hinsicht so weitreichende, nicht gewollte Auswirkungen hätten, daß negative Effekte überwiegen würden. Dasselbe gilt für Maßnahmen, die nur mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verwirklicht werden könnten.

Stimm-
zeit

6. Bei der Verabschiedung der 23 Empfehlungen zur Studienzeitverkürzung im Jahre 1988 konnten die Hochschulen noch davon ausgehen, daß in den 90er Jahren eine deutliche Entspannung in der Belastung der Hochschulen eintreten werde. Vor diesem Hintergrund wurde die Bedeutung studienzeitverkürzender Maßnahmen unter Umständen nicht allen Beteiligten in aller Schärfe deutlich. Diese Annahmen haben sich als unzutreffend erwiesen. Aufgrund der neuen Rahmenbedingungen (anhaltend hohe Studentenzahlen, einigungsbedingte extreme Anspannung der öffentlichen Haushalte) ist die Straffung der Studiengänge mit einer entsprechenden Verkürzung der Studienzeiten zur unabwendbaren - für Hochschulen (Hochschulleitung, Fachbereiche und einzelne Hochschullehrer) und Staat gleichermaßen augenfälligen - Notwendigkeit geworden. Die nachfolgenden Maßnahmen und Vorschläge zur Realisierung konkretisieren die Felder dringenden Handlungsbedarfs, auf denen HRK und KMK ihre Bemühungen um Studienzeitverkürzung bündeln und weiter intensivieren werden.

Wieso

II. Maßnahmen und Vorschläge zur Realisierung

1. Verbesserung der Transparenz als Ausgangspunkt für einen gezielten Abbau studienverlängernder Faktoren

Fachbereiche, Hochschulen und die jeweils zuständigen Landesministerien müssen in die Lage versetzt werden, in kurzer Zeit detailliert fachspezifische und aktuelle Informationen über die tatsächlichen Studienzeiten in den verschiedenen Studiengängen einer Hochschule und die die Studienzzeit bestimmenden Faktoren abrufen zu können. Die Daten müssen so aufbereitet sein, daß insbesondere über den Vergleich mit anderen Fachbereichen und Hochschulen studienzeitverlängernde Faktoren erkannt und Ansatzpunkte für gezielte, studienzeitverkürzende Maßnahmen deutlich werden. Bei der Umsetzung der 23 Empfehlungen von 1988 hat sich die Datenlage als unbefriedigend erwiesen (Verlaufsstatistik unzulässig aufgrund des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts). Es werden empirische Daten benötigt, um "Auffälligkeiten" zu ermitteln, nachdem sich die amtlichen Daten der Hochschulstatistik wegen der datenschutzrechtlichen Probleme als unzureichend erwiesen haben.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- +
- 1.1 Durchführung hochschulinterner empirischer Erhebungen über Ausstattungskennzahlen und Grunddaten des Lehrangebots und des Prüfungswesens, Formulierung von Indikatoren für Defizite und Mängel in den Studienbedingungen und im Lehrangebot, Zusammenfassung zu Lehrberichten der Fachbereiche, ggf. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Datenerhebung; Erhebung der Daten über die Ursachen für den Studienabbruch

1.2 Erhebung und Bereitstellung der studienzeitrelevanten Vergleichsdaten (EDV-mäßige Datenerfassung und -bearbeitung möglichst auf zentraler Hochschulebene)

1.3 regelmäßige und zeitnahe Veröffentlichung von Lehrberichten durch die Fachbereiche/Hochschulen (etwa alle zwei Jahre)

1.4 Festlegung der relevanten Vergleichsdaten und der notwendigen Angaben in den Lehrberichten durch KMK und HRK (ggf. unter Beteiligung des Wissenschaftsrats und der HIS-GmbH). Zu diesen Daten rechnen insbesondere:

(1) Anzahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester und im ersten Fachsemester

(2) Fachstudiendauer und Studienzeiten bis zur Diplom-Vorprüfung oder Zwischenprüfung

(3) Zahl der Diplom-Vorprüfungen oder Zwischenprüfungen

(4) Fachstudiendauer und Studienzeiten bis zur Abschlußprüfung

(5) Absolventenzahl

(6) Rahmendaten für Studium und Lehre:

a) Betreuungsverhältnis (Zahl der Studierenden im Verhältnis zu Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter bzw. Zahl der Professoren)

b) Zahl der betreuten Abschlußarbeiten je Prüfer

c) Durchschnittsalter der Studienanfänger und der Absolventen

+ 2. Verbesserung der Orientierung vor Aufnahme des Studiums und im Studium, insbesondere in der Eingangsphase

Mängel bei der Studienvorbereitung und insbesondere die vielfach desorientierenden Bedingungen in den überfüllten Hochschulen machen weitere Bemühungen um eine Verbesserung der Orientierung der Studenten insbesondere in der Eingangsphase des Studiums erforderlich.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- 2.1 Verbesserung der Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen auf örtlicher bzw. regionaler Ebene entsprechend der gemeinsamen Empfehlung der KMK, der Bundesanstalt für Arbeit und der HRK über die Zusammenarbeit von Schule, Berufsberatung und Studienberatung im Sekundarbereich II
- + 2.2 Verpflichtung der Hochschulen zur Bereitstellung strukturierter und kommentierter Studienpläne für alle Studiengänge mit klaren Informationen über den Ablauf des Studiums und der Prüfungen, aus denen sich insbesondere ergibt, in welchen Zeiträumen welche Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen sind, damit der Abschluß innerhalb der vorgegebenen Regelstudienzeit erreicht werden kann
- + 2.3 Ausweitung des Angebots an orientierenden Veranstaltungen für Eingangssemester

- + 2.4 Ausweitung der allgemeinen und fachlichen Studienberatung, Unterstützung durch Mentoren
 - + 2.5 Unterstützung der Studierenden in der Organisation des Lernprozesses, z.B. durch Bildung von "Lerngruppen" und Einsatz von Tutoren
3. Abbau der inhaltlichen Überfrachtung und studienzeitverlängernder Faktoren in der Organisation und Durchführung von Studium und Prüfungen

Die Regelstudienzeit überschreitende tatsächliche Studienzeiten sind vielfach auf überfrachtete Studiengänge (zu hoher Stundenansatz im Pflicht- und Wahlpflichtbereich, zu große Anzahl an geforderten Studienleistungen, zu ausgedehnte Praxisphasen) und entsprechend überhöhte Prüfungsanforderungen zurückzuführen.

Die Inhalte der Studiengänge und die materiellen Prüfungsanforderungen müssen der Funktion und den Zielen der Studiengänge entsprechen. In Studiengängen bis zum berufsqualifizierenden Abschluß sind zu weitreichende wissenschaftliche Vertiefungen und Spezialisierungen abzubauen.

Ein Studium in der Regelstudienzeit verlangt einen in sich geschlossenen und stimmigen Ablauf von Studium und Prüfungen. Dazu bedarf es präziser Absprachen unter den Hochschullehrern des jeweils für den Studiengang verantwortlichen Fachbereichs und mit den Hochschullehrern anderer beteiligter Fachbereiche. Zeitverluste, insbesondere in der Abwicklung der Prüfungen, müssen vermieden werden. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die

Entscheidungs- und Durchsetzungsbefugnisse auf den verschiedenen hochschulinternen Zuständigkeits- und Verantwortungsebenen gestärkt und effizienter ausgestaltet werden können.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

3.1 Abgleich

- . der Anzahl der Semesterwochenstunden im Pflicht- und Wahlpflichtbereich
- . der Anzahl der geforderten Studien- und Prüfungsleistungen
- . des Zeitbedarfs für Praxisphasen

mit dem für den Studiengang insgesamt zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen (Regelstudienzeit) aufgrund der jeweiligen Rahmenordnung

3.2 Definition der inhaltlichen Grundanforderungen an die Studiengänge bis zum berufsqualifizierenden Abschluß durch die Fachbereiche unter Berücksichtigung der angestrebten Berufsfähigkeit

3.3 Entlastung der Pflichtveranstaltungen (insbesondere des Hauptstudiums) und der Prüfungen (insbesondere der Anforderungen an die Abschlußarbeit) von zu weitreichender Spezialisierung und wissenschaftlicher Vertiefung, die weiterführenden Studien vorbehalten bleibt

- 3.4 Klare und straffe Strukturierung der Studiengänge, stimmige Abfolge der Lehrveranstaltungen (Studienplan), inhaltliche und zeitliche Abstimmung von Studium und Prüfungen
 - 3.5 Stärkung der Funktion der Zwischenprüfung/Diplom-Vorprüfung als verlässlichem Indikator für den Studienerfolg
 - 3.6 Knappe Bemessung von Fristen für Korrektur und Bewertung von Prüfungsleistungen
 - 3.7 Eröffnung von zeitnahen Wiederholungsterminen (maximal ein Semester)
 - 3.8 Stärkung der Mechanismen hochschulinterner Selbstkontrolle (Hochschulleitung, Senat, Studiendekane, Studienkommissionen, Prüfungsausschüsse sowie Prüfungsämter)
 - 3.9 Einrichtung leistungsfähiger Prüfungsämter als zentrale Prüfungsämter oder Prüfungsämter der Fachbereiche)
4. Verbesserung der didaktischen Qualität der Lehre

Defizite in der Vermittlung des Studienstoffes können zu Studienzeitverlängerungen führen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Defizite in der Lehre vielfach nicht auf mangelnde didaktische Befähigung, sondern auf die äußeren Randbedingungen (z.B. ungünstige Betreuungsrelationen, mangelnde Abstimmung im Lehrangebot) zurückzuführen sind. Die Evaluation der Lehre ist primär als "Rück-

meldung" an die jeweils Lehrenden, aber auch an die Studierenden, die Fachbereiche und die Hochschulleitungen zu verstehen.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- 4.1 Stärkung der didaktischen Kompetenz der Lehrenden, Berücksichtigung der didaktischen und methodischen Befähigung bei Habilitation und Berufung
- 4.2 Sachgerechte Bewertung der Lehrtätigkeit (Evaluierung; Beurteilung von Lehrveranstaltungen und Studiengängen)

5. Abbau personeller und sächlicher Engpässe

Defizite, vor allem in der personellen Ausstattung, aber auch bei den Sachmitteln und bei den räumlichen und apparativen Ressourcen der Hochschulen, sind wichtige Ursachen für Zeitverluste im Verlauf des Studiums. Zur Beseitigung derartiger Engpässe sind vor allem zusätzliche Stellen und Lehraufträge oder die zusätzliche Vergütung besonderer Lehrleistung erforderlich.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- 5.1 Effizienterer Einsatz der vorhandenen personellen und sächlichen Ressourcen, insbesondere durch
 - Konzentration des Einsatzes des vorhandenen Lehrpersonals auf die Veranstaltungen des Pflichtbereichs (Abbau zu enger Spezialisierung bei der Widmung der Professuren)

- Behebung von Defiziten im Einsatz der Sachmittel und der räumlichen und apparativen Ressourcen durch jeweils adäquate Maßnahmen (z.B. Verlängerung der Öffnungszeiten der Bibliotheken)

5.2 Bereitstellung zusätzlicher Stellen oder Lehrauftragungsmittel

5.3 Schaffung der Voraussetzungen für die zusätzliche Vergütung besonderer Lehrleistungen (Verordnung nach § 50 BBesG)

5.4 Verstärkter Einsatz auch von Wissenschaftlern aus außeruniversitären Forschungsinstituten in der Lehre ohne Anrechnung auf die Ausbildungskapazität

5.5 Verbesserung der sächlichen Ausstattung der Hochschulen (Sachmittel, Räume, Apparate)

6. Einflußnahme auf Fachbereiche und Studierende zur Erreichung kürzerer Studienzeiten (Anreize und Sanktionen)

Die Verwirklichung studienzeitverkürzender Maßnahmen hängt - neben den strukturellen und finanziellen Voraussetzungen - ganz wesentlich davon ab, daß Fachbereiche, Hochschullehrer und Studierende an der Realisierung mitwirken. Dazu können Aufklärung, Appell und Überzeugung beitragen. Wirksamer sind jedoch Anreize und ggf. Sanktionen.

Maßnahmen, die einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand für ihre Durchführung erfordern, scheiden aus.

Anreize und Sanktionen setzen verlässliche Maßstäbe der Leistungsbeurteilung voraus. Vor allem muß gewährleistet sein, daß diejenigen, von denen ein Tun oder Unterlassen erwartet wird, von den äußeren Randbedingungen her auch in der Lage sind, entsprechend diesen Erwartungen zu handeln. Dazu zählen Entscheidungsbefugnis, Handlungsspielräume, aber auch die Ausstattung einer Einrichtung und Studienbedingungen, die ein Studium in der Regelstudienzeit zulassen.

a) Anreize und Sanktionen zur Realisierung studienzeitverkürzender Maßnahmen durch die Hochschulen (Fachbereiche/einzelne Hochschullehrer)

Maßnahmen können bezogen sein auf einzelne Hochschullehrer oder auf Fachbereiche. Sie können anknüpfen an

- besondere Leistungen oder Defizite des einzelnen Hochschullehrers in der Lehre oder in der Durchführung von Lehre und Prüfungen,
- besondere Leistungen oder Defizite der Fachbereiche in der Schaffung der Voraussetzungen für kürzere Studienzeiten,
- besonders niedrige oder besonders hohe tatsächliche durchschnittliche Studienzeiten.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- 6.1 Schaffung zuverlässiger Bewertungskriterien zur Ermittlung besonderer Leistungen oder besonderer Defizite in der Lehre

- 6.2 Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen für bewegliche Mittel zur Disposition der zuständigen Landesministerien, der Hochschulleitungen oder der Fachbereiche zur Verwendung für besondere Anreize
- 6.3 Zustimmung zur Einrichtung und Fortführung von Graduiertenkollegs im Zusammenhang mit der Verkürzung der Studienzeiten in den entsprechenden Studiengängen
- 6.4 Genehmigung von Forschungsfreisemestern und von Nebentätigkeiten in Abhängigkeit von der Erfüllung der Lehrverpflichtung; Berücksichtigung der Leistungen in der Lehre bei Bleibeverhandlungen

b) Anreize und Sanktionen zur Beeinflussung des Studienverhaltens

Mit Anreizen und Sanktionen kann gezielt auf das Verhalten der Studierenden im Sinne einer Verkürzung der Studienzeiten Einfluß genommen werden.

Maßnahmen und Realisierungsvorschläge

- 6.5 Obligatorische Studienberatung bei auffälligem Studienverlauf
- 6.6 Freiversuch mit Wiederholbarkeit zur Notenverbesserung

- 6.7 Bei begonnenem Prüfungsverfahren Fristen für die Ablegung und Wiederholung der Prüfungen mit Sanktionen bei Nichteinhalten der Fristen (Nichtbestehen)
- 6.8 Darlehensvoll- oder -teilerlaß für BAFÖG-Geförderte bei Studienabschluß in der Regelstudienzeit oder nur geringfügiger Überschreitung der Regelstudienzeit
- 6.9 Unbefristete Fortsetzung der Studienabschlußförderung (zwei Semester) und Bemessung der BAFÖG-Förderungshöchstdauer nach der Regelstudienzeit
- 6.10 Bevorzugte Berücksichtigung kürzerer Studienzeiten bei der Zulassung zur Promotion oder bei der Vergabe von Promotionsstipendien
- 6.11 Berücksichtigung der Studiendauer als Leistungskriterium in der Einstellungspraxis der privaten und öffentlichen Arbeitgeber.

Soweit die Studienbedingungen ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit zulassen, können - allerdings unter Berücksichtigung der persönlichen und sozialen Lebensumstände der Studierenden - ferner Maßnahmen wie

- Fristsetzungen für die Meldung zu Prüfungen mit Sanktionen bei Überschreiten der Fristen

- Einführung von Studiengebühren
 - . beim Überschreiten einer bestimmten Studiendauer (ggf. gestaffelt nach der Studiendauer)
 - . für ein Zweitstudium, soweit nicht überwiegend im öffentlichen Interesse

- Exmatrikulation (eventuell unter Aufrechterhaltung des Prüfungsanspruchs) bei wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeit

- Einschränkung des Fachwechsels

in Betracht gezogen werden. Da solche Maßnahmen einen entsprechenden politischen Konsens und die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen mit einem entsprechend langen zeitlichen Vorlauf erfordern, wurden sie in den vorliegenden Vorschlägen für kurzfristig realisierbare Maßnahmen nicht berücksichtigt.